

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Jonathan Sieger (Köln KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 442 bis 444 einfügen:

Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stellen uns entschieden an die Seite der Muslim*innen, die oft schon seit vielen Jahren friedlich, freundschaftlich und tolerant gegenüber anderen Lebensweisen in unserer multikulturellen Gesellschaft mit uns zusammen leben, und stellen uns dem Hass gegen sie entschieden entgegen.

Für alle Glaubensrichtungen und Weltanschauungen muss gelten: Unser menschenrechtlicher Schutz von Religions- und Glaubensfreiheit endet dort, wo im Namen bestimmter Glaubensvorstellungen selbst Menschenfeindlichkeit und Intoleranz verbreitet werden. Weltweit, auch in Europa und Nachbarländern wie der Türkei, ist nicht nur ein politisierter, islamistischer Fundamentalismus auf dem Vormarsch. Auch christliche Rechtspopulisten von Washington bis Warschau und Berlin nutzen den Deckmantel der Religion, um zum Beispiel gegen Flüchtlinge, Homosexuelle oder weibliche Selbstbestimmung zu hetzen. Ihnen ist entschieden Einhalt zu gebieten.

Grüne Politik steht gegen jedwede Ideologien, die als menschenverachtende Waffe gegen Andersgläubige und Minderheiten gerichtet werden. Deren Verbreitung hat auch mit unserem europäischen Verhalten in der Welt zu tun: Neben dem Eintreten gegen Rechtspopulismus stehen wir daher z.B. gegen Öl- und Rüstungsdeals mit fundamentalistischen, theokratischen Regimen. Ebenso gehört zum Kampf gegen religiös verbrämte Menschenfeindlichkeit das entschiedene Einsetzen für Bildungsprogramme, für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und gegen weltweite Armut und Perspektivlosigkeit, da nicht zuletzt ein Gefühl der Ausgrenztheit und des sozialen Abgehängtseins einen fruchtbaren Nährboden für extremistische Verführer darstellen kann.

Begründung

Es ist wichtig und absolut richtig, dass sich B90/die Grünen in aller Deutlichkeit gegen rassistisch bzw. xenophob motivierte Islamophobie, Antisemitismus etc. aussprechen.

Mit naiv-generalisierenden Formulierungen wie „Niemand darf in Europa [...] für seinen Glauben [...] angefeindet werden“ (S. 10, Z. 421f.) oder „Wir stellen uns an die Seite DER Muslim*innen“ (Z. 442f.) erwecken wir allerdings den fatalen Eindruck, dass wir nicht klar zwischen friedfertigen Muslim*innen und salafistischen Hasspredigern unterscheiden können; oder dass wir den Glauben eines christlichen Flüchtlingshelfers für ebenso schützenswert halten wie den Glauben von Hasspredigern à la von Storch und von Beverfoerde, die Kreuz-schwingend gegen Schwule, Lesben und Feminismus hetzen.

Die in den genannten Formulierungen des Originalkapitels ausgedrückte Unterstützung für Glauben jedweder Art steht

- 1.) im eklatanten Widerspruch zu vorangegangenen Programmkapiteln u.a. zur Grünen Unterstützung von LSBTIQ* und unterschlägt auf eklatante Weise, dass auch bestimmte Religionsverständnisse zum Problem in puncto Menschenfeindlichkeit werden können;
- 2.) entspricht nicht den säkularen Positionen innerhalb der Partei; und
- 3.) **ist auch und vor allem überhaupt nicht im Sinne all der vielen gläubigen Menschen**, die mit Menschenrechtsverletzung, Intoleranz und Hass im Namen ihrer Religion nichts gemein haben wollen - und die weltweit allzu oft selbst zu Opfern religiös verbrämten Hasses werden.

Gerade unsere muslimischen Mitbürger*innen haben damit zu kämpfen, von Rechtspopulisten generalisierend als „DIE Muslime“ in einen Topf mit islamistischen Hetzern und Terroristen geworfen zu werden. Ihnen ist absolut nicht damit geholfen, von Grüner Seite nun ganz genauso generalisierend unsere Unterstützung für „DIE Muslime“ zu bekunden. Stattdessen gilt es eindeutig klar zu machen:

B90/Die Grünen stehen nicht für oder gegen den Glauben, nicht für oder gegen „die“ Muslime, „die“ Juden oder irgendeine Religion.

B90/Die Grünen stehen FÜR alle jene - ob gläubig oder nicht -, die friedfertig und in gegenseitiger Achtung und Toleranz zusammen leben möchten.

B 90/Die Grünen stehen GEGEN jedwede Ideologie - ob religiös oder nicht -, die als Quelle von Gewalt und Menschenhass fungiert.

Wichtig im Sinne Grüner Politik ist außerdem der Hinweis, dass menschenverachtende Ideologien und deren Verbreitung auch im Zusammenhang mit anderen Faktoren wie Armut, Ausgrenzung und ökonomischen Ungleichgewichten stehen. Die Zeilen der zweiten eingefügten Passage sollen dies in Kürze anschaulich verdeutlichen, und den Grünen Kampf gegen die Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien in einen klareren Zusammenhang mit den restlichen Kapiteln des EU-Wahlprogramms stellen.

(Verfasserin: Nadine Milde, Universität Düsseldorf & Sprecherin, AK Internationales und Europa des KV Köln. Beantragt gemeinsam mit Jonathan Sieger, KV Köln.)

weitere Antragsteller*innen

Philip Oppenländer (Saarbrücken KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Cranz (Köln KV); Georg Sieglen (Köln KV); Kurt Reisenauer (Köln KV); Melanie Nagel (Köln KV); Andreas Paulus (Köln KV); Eileen Woestmann (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Frank Jablonski (Köln KV); Michael Kaiser (Köln KV); Annika Fischer-Uebler (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Diana Siebert (Köln KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Ernst-Günther Krause (München-Land KV); Maj-Britt Sterba (Köln KV); Anna Leonore Kipp (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Marc Kersten (Köln KV); Carl Riemann (Köln KV); Marc Daniel Heintz (Köln KV); Katrin Schaar (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)